



Der family club bietet ein umfangreiches Freizeitprogramm für Kinder und Erwachsene.
Foto: family club

Wir brauchen eine gesicherte langfristige Finanzierung

Stadtteilzentren leisten wertvolle Arbeit - Vereinsamung und Armut wird entgegengewirkt

Erfurt. „Ja, ich bin stolz darauf, wie sich der Moskauer Platz in den vergangenen Jahren entwickelt hat.“ Anja Kaufmann sagt das, die Leiterin des Mehrgenerationenhauses hier in diesem Plattenbau-Stadtteil im Erfurter Norden. Und plötzlich sind alle Vorurteile, die noch immer bei vielen über solche und ähnliche Wohnquartiere herrschen, in Luft aufgelöst. Natürlich gibt es Probleme, gibt es Sorgen um Vereinsamung und Armut, fühlen sich Menschen sozial benachteiligt. Aber es gibt eben auch das andere, das erfolgreiche Stadtviertel, in dem die Menschen sich wohlfühlen, in dem Nachbarschaft gedeiht und in dem Netzwerke geknüpft worden sind, die dafür sorgen, dass es voran geht.

Die Mehrgeschosser rund um den Moskauer Platz sind alle saniert, in den

Wohnhäusern gibt es kleine Clubs, in denen die Menschen sich treffen können, Sozialarbeiter sind bei den Wohnungsgesellschaften angestellt und kümmern sich um die Bewohnerinnen und Bewohner. Und dann ist da ja auch noch das Mehrgenerationenhaus in der Moskauer Straße, unübersehbar violett verputzt, Anlaufpunkt für viele Menschen weit über den Stadtteil hinaus. „Es ist unsere Aufgabe, Zeichen zu erkennen und Zeichen zu setzen“, beschreibt Anja Kaufmann das Selbstverständnis ihrer Arbeit und derjenigen, die gemeinsam mit ihr das erfolgreiche Projekt MGH gestalten. 2006 wurde es als Stadtteilzentrum von dem Verein Mitmenschen e. V. gegründet, seit 2012 ist es ein Mehrgenerationenhaus.

Die größten Aufgaben? „Der Vereinsamung und der Armut entgegenzuwir-

ken“, sagt Anja Kaufmann. Zwar gibt es auch in den Plattenbauten Nachbarn, die aufeinander achten, die sich gegenseitig helfen, aber es gibt eben auch Menschen, die sich schwerer tun bei der Kontaktaufnahme, die sich einsam fühlen und denen die Mitarbeitenden im MGH helfen können. Anja Kaufmann erinnert sich an die Aktion „Ich lade meinen Nachbarn ein“, alle zwei Monate gibt es jetzt einen Nachbarschaftsbrunch jeweils am Sonntagvormittag mit Begegnungen, Gesprächen und einer Tauschbörse. Hier kann alles getauscht werden - Spiele, Kleidung und und und.

Tatkräftig wird Hilfesuchenden aber auch unter die Arme gegriffen, die an der Bürokratie verzweifeln, denen geholfen werden muss, ihre gesetzlichen Leistungen auch in Anspruch zu nehmen.

Was sich Anja Kaufmann von der Politik wünscht? Sie soll sich in den Stadtteilen engagieren, soll auch die Plattenbaugebiete attraktiver machen, damit eine noch ausgewogenere soziale Durchmischung der Bewohnerinnen und Bewohner stattfindet – so wie es rund um den Moskauer Platz schon ansatzweise der Fall ist. Und die Politikerinnen und Politiker sollen den sozialen Wohnungsbau ankurbeln, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Was Anja Kaufmann aber vor allem auf den Nägeln brennt „Wir brauchen für unsere Vorhaben eine verlässliche und sichere Finanzierung.“ Gute Projekte werden immer nur für einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren genehmigt, danach beginnt wieder das Zittern, ob das Vorhaben fortgeführt werden kann. Diese Zeiten der Unsicherheit sind für die Mitarbeitenden unzumutbar, aber auch für diejenigen, die auf die Hilfe angewiesen sind. „Und wo bleibt dann die Nachhaltigkeit, wenn es doch nicht weitergehen sollte?“, fragt sich Anja Kaufmann.

„Diese Projektitis ist eines unserer größten Probleme“, schlägt auch Carola Hettstedt in die gleiche Kerbe. Sie leitet einige Kilometer weiter, im Erfurter Süden, den Family Club, der, ebenso wie das MGH am Moskauer Platz ein umfangreiches Angebot an Kursen, Freizeiten, Hilfs- und Bildungsangeboten für Menschen aller Altersklassen vorhält. Das Familienzentrum hat im

Carola Hettstedt (links) leitet den family club, Anja Kaufmann leitet das Mehrgenerationenhaus in Erfurt



Laufe der Jahre sein Angebotsspektrum deutlich erweitert. Neben der Familienförderung gibt es hier mittlerweile Räume für Selbsthilfegruppen oder auch Angebote für Senioren. „Wir sehen uns nicht als Familienzentrum, sondern als Stadtteilzentrum“, sagt Carola Hettstedt. Immerhin umfasst der Einzugsbereich mit den Planungsräumen Melchendorf, Wiesenhügel und Herrenberg etwa 24.000 Einwohner. Die Angebote passen sich dem Bedarf an. Es gibt dort kein Kino, kein Freibad, viele können sich Urlaub nicht leisten und freuen sich deshalb auch über die Freizeitangebote des Family Clubs. Beide offenen Häuser, am Moskauer Platz wie auch am Drosselberg, freuen sich, dass die Menschen nicht nur kommen, wenn sie Probleme haben. Sie treffen sich zum Sport, zu Kursen, zu Freizeitangeboten.

Was wäre ohne solche intensive Arbeit in den Stadtteilen? „Es würde ein großes Loch in die soziale Landschaft reißen“, ist sich Carola Hettstedt sicher. Und es würde sicher denen Auftrieb geben, die schon jetzt ihr rechtsradi-

kales oder rechtspopulistisches Süppchen kochen. Was sich Carola Hettstedt wünscht von der Politik? Dass sich die Lebenswirklichkeit in Gesetzen und Entscheidungen widerspiegelt, dass das Ressortdenken überwunden wird. „Das Leben passiert doch nicht in einzelnen Sektoren.“ Aber genau so sind die Sozialgesetze derzeit noch zugeschnitten.

Anja Kaufmann und Carola Hettstedt vermitteln den Politikerinnen und Politikern immer wieder, wie wichtig ihre Arbeit und die aller anderen sozialen Einrichtungen für ein gutes Zusammenleben in den Stadtteilen ist. „Wir sind ein offenes Haus, wenn man dort hingehht, bekommt man nicht gleich den Stempel sozial bedürftig aufgedrückt“, sagt Anja Kaufmann. Eine kleine zufällige Straßenumfrage am Moskauer Platz zeigt, dass viele das MGH kennen und schätzen. Eine Mutter mit einem kleinen Kind sagt: „Ich gehe gerne dort hin. Dort fühlt man sich wohl.“

Hartmut Kaczmarek

Ein kleines Känguru mit Boxhandschuen

Kinder- und Jugendschutzdienst fordert bessere Ausstattung der Gerichte - eine Lobby für die Kinder

Weimar. Das kleine Känguru im Beutel der Mutter hat Boxhandschuhe an. „Unser Logo soll einerseits Schutz symbolisieren, aber auch die Kraft von Kindern, nicht nur ohnmächtig zu sein, sondern aktiv zu werden, Grenzen zu setzen.“ Annette Görg sagt das. Sie ist Beraterin beim Kinder- und Jugendschutzdienst Känguru in Weimar. Und das Beuteltier ist von Anfang an

zum Symbol des Dienste geworden. „Wir sind parteiisch für die Kinder und Jugendlichen“, so Görg. Und das soll der Kinder- und Jugendschutzdienst auch sein. Er begleitet die Betroffenen von sexueller und häuslicher Gewalt, ist oft erste Anlaufstelle, vermittelt ihnen ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit, gibt Tipps und Ratschläge, ist bei Gerichtsverfahren

dabei. „Unser oberstes Ziel ist es, für die Kinder und Jugendlichen Schutz herzustellen. Die Wege dazu sind verschieden“, beschreibt Annette Görg die Arbeit bei „Känguru“.

231 Fälle hat der Dienst im vergangenen Jahr in der Stadt Weimar bearbeitet und begleitet, im Landkreis Weimarer Land waren es 90 Fälle. Die Zahlen

sind steigend, mit dabei ist aber auch ein herausragender Fall: Der Trainer eines Sportvereins wurde wegen sexuellen Missbrauchs von Mädchen in mehr als 80 Fällen verurteilt - ein Fall, der viel Zeit und Kraft gekostet hat. Er wurde wegen 15 Fällen verurteilt, insgesamt hat das Gericht 82 Fälle dokumentiert. „Institutioneller Missbrauch“ heißt das in der Fachsprache. Der Trainer hatte systematisch sein Umfeld manipuliert, sich im Verein unentbehrlich gemacht und die Mädchen so nach und nach an das sexualisierte Verhalten herangeführt. „Känguru“ hat den Fall von Anfang an begleitet, hat die Betroffenen aufgefangen, hat im Verein Präventivarbeit geleistet und die Betroffenen auch bis zum Gericht begleitet. Und heute? „Der Fall ist zwar aufgedeckt, aber noch nicht aufgearbeitet“, unterstreicht Anette Görg. Es geht jetzt darum, die Strukturen zu untersuchen und auch zu verändern, die so etwas möglich machen.

Ja, die Sensibilität für Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, sagt Görg. Und sie ist froh darüber, dass die gesetzlichen Grundlagen jetzt entsprechende Fortbildungen und Schulungen ermöglichen. Immer wieder treten Kita-Erzieherinnen oder Lehrerinnen und Lehrer an den Dienst heran mit der Bitte, sich um ein auffälliges Kind zu kümmern. „Wir beraten dann und geben Empfehlungen, was weiter getan werden könnte“, so Görg. Manchmal reicht es schon, wenn eine Erziehungsberatungsstelle eingeschaltet wird oder wenn einer Mutter wieder eine Arbeitsstelle vermittelt wird. Aber es gibt auch Fälle von Kindeswohlgefährdung, bei denen auf eine räumliche Trennung von Tätern und Opfern gedrängt werden muss.

Kinder sind aber nicht nur als Opfer von sexualisierter Gewalt betroffen, auch häusliche Gewalt macht sie betroffen. Dann entstehen Ohnmacht und Wut bis hin zu einer als existenziell gefühlten Bedrohung. Die Folge: Traumata, die eine psychosoziale Begleitung notwendig machen.

Aber es sind nicht nur Erwachsene, die bei Kindern übergriffen werden. Es gibt



Anette Görg mit dem Symboltier des Kinder- und Jugendschutzdienstes, einem Känguru.

auch Fälle, in denen Kinder selbst gegen andere Kinder als Täter auftreten. Deshalb hat „Känguru“ eine Außenstelle mit dem Namen „Lichtblick“ eingerichtet. Hier wird mit übergriffigen Kindern und Jugendlichen ab einem Alter von 12 Jahren gearbeitet. „Diese Einrichtung ist einmalig in Thüringen“, so Anette Görg. 10 bis 20 Fälle werden so in einem Jahr betreut.

Etwa ein Viertel der Fälle, die bei „Känguru“ auflaufen, enden mit einer Strafanzeige. Und hier hat Anette Görg einen dringenden Wunsch an die Politik: Die Wartezeiten bis zu einer Verurteilung müssen verkürzt werden, die Gerichte personell dafür besser ausgestattet werden. Unzumutbar lang seien für Betroffene häufig die Zeiten, die bis zu einem Prozess vergehen. Und

dann gebe es in manchen Fällen noch Strafmilderung unter Berufung auf eben diese Wartezeiten, schüttelt Görg verständnislos den Kopf.

Außerdem wünscht sie sich eine intensive Schulung der Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Bereich der Trauma-Bewältigung.

Eine verbindliche und ausreichende personelle Ausstattung steht ebenfalls auf der Liste, die die Politik umsetzen sollte. Und schließlich auch noch die verpflichtende Einrichtung von Kinder- und Jugendschutzdiensten in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Thüringen, damit unter Gewalt leidende Kinder überall im Freistaat eine Lobby haben.

Hartmut Kaczmarek

Forderungen an die Landesregierung

Der Paritätische Thüringen ist als Gestalter von Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft im Auftrag seiner Mitgliedsorganisationen tätig. Er setzt sich für eine zukunftsfähige und inklusive Gesellschaft ein. Der Paritätische bringt sich aktiv ein, wenn es darum geht, Thüringen zu gestalten. Deshalb geben wir auch den Parteien, die jetzt, nach der Landtagswahl, in Gesprächen über eine Regierungsbildung eintreten, unsere Wünsche und Forderungen mit auf den Weg. Kurz und knapp sind dies folgende:

Fachkräfte

- Zugänge zu den Ausbildungen im sozialen Bereich vereinfachen
- Einwanderung von Fachkräften stärken
- Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse vereinfachen und beschleunigen
- Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zur besseren Nutzung der personellen Ressourcen in der Sozialwirtschaft aufbauen

Familienfreundlichkeit stärken

- Gesetzen und Richtlinien auf Familienfreundlichkeit prüfen
- Beauftragten für Familienfreundlichkeit in den kommunalen Gebietskörperschaften etablieren
- Hilfe des Landes für die Kommunen bei der Umsetzung des Landesprogramms eins99 für ein familienfreundlicheres Thüringen

Migration

- psychosozialen Versorgungsstrukturen für Geflüchtete aufbauen, um dem Bedarf gerecht zu werden
- interkulturelle Schulungen im Gesundheitssystem
- Dolmetscherkosten in der Psychotherapie finanzieren

Schulen in freier Trägerschaft

- staatlichen Finanzhilfen zur Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit staatlichen Schulen deutlich erhöhen
- Förderschulen mit eigenen Bildungsgängen dauerhaft erhalten

Unterstützungsstrukturen für schwer erreichbare junge Menschen

- verstärkte Förderung aufsuchender und niederschwelliger Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (Streetwork, offene Jugendarbeit, Jugendberufshilfe)
- fachliche Unterstützung und Sicherung des Careleaver-Zentrums Thüringen zur Stärkung derjenigen, die aus der stationären

Erziehungshilfe in ein eigenständiges Leben treten

Gewaltschutz

- Rückübertragen der Frauenhausförderung in die Verantwortung des Landes
- einheitlicher Mindestpersonalschlüssel für die Kinder- und Jugendschutzdienste
- Entwicklungsfonds Gewaltschutzarbeit, z. B. zur Erprobung und Evaluierung einer proaktiven Beratung für mitbetroffene Kinder und Jugendliche, einrichten
- Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt nach der Istanbul-Konvention einrichten

Wohnen und Quartiersarbeit

- zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Förderung gemeinwesen- und sozialraumbezogener Quartiersarbeit bereitstellen
- sozialen Wohnungsbau ausbauen
- Verpflichtung für Städte, eine ausreichende Anzahl an Sozialwohnungen vorzuhalten
- Erhalt der Sozialbindung von Wohnungen

Ambulante Geburtshilfe

- besondere Förderung für Geburtshäusern
- gezielte Förderung von Hebammen in Geburtshäusern durch das Land

Früh

- Personalschlüssel in Thüringer Kitas verbessern: Zwei Kinder im 1. Lebensjahr, vier Kinder im Alter zwischen einem und drei Jahren, neun Kinder nach Vollendung des dritten Lebensjahres, 20 Kinder im Grundschulalter
- praxisintegrierten Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern nach Ende des Modellprojektes etablieren
- Sicherstellung der Kita-Fachberatung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten

Digitalisierung

- flächendeckenden Breitbandausbaus vorantreiben

- Strategiestelle einrichten, damit alle Leistungserbringer die Herausforderungen durch die Digitalisierung bewältigen können

Demokratiebildung

- Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit fortführen
- Maßnahmen zur Demokratiebildung fördern

Ehrenamt

- ausreichende finanzielle Ausstattung der Thüringer Ehrenamtsstiftung sowie deren strategische Neuausrichtung
- Anrechenbarkeit von ehrenamtlicher Tätigkeit (kein Urlaub für Weiterbildung oder Gremienarbeit)
- Aufnahme der Ehrenamtsförderung als Staatsziel in die Verfassung

Teilhabe

- bisherige stationäre und teilstationäre Einrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Bedarfe von Schwerstbehinderten sowie alt gewordener Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln
- Thüringer Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention realisieren

Pflege

- Daten für die bessere Planung und Entwicklung von individuellen, bedarfsorientierten Pflegeangeboten vor Ort bereitstellen
- Ausbau von wohnortnahen und kommunal verantworteten Angeboten zu familienentlastenden Maßnahmen (z. B. „Dorfkümmerer“ als niedrigschwellige Ansprechpersonen vor Ort)
- neue Ideen für eine flexible Personaleinsatzplanung entwickeln
- Landesförderung zur Weiterqualifizierung von Pflegehelfern zu Fachkräften, z. B. durch Einrichtung eines Stipendienprogramms